BGH-Leitsatz-Entscheidungen

1. **GNotKG, HGB: Geschäftswert für Beschluss über Erhöhung Stammkapital**
   Beschluss vom 12.09.2023, Az: II ZB 6/23
2. **VVG, BGB: Rechtsmissbräuchliches Verhalten beim Widerspruch**
   Urteil vom 27.09.2023, Az: IV ZR 464/21
3. **BGB, EG-FGV: Voraussetzungen für Entlastung des Herstellers im Diesels-kandal**
   Urteil vom 25.09.2023, Az: VIa ZR 1/23
4. **GG, ZPO: Nichtberücksichtigung eines erheblichen Beweisangebots**
   Beschluss vom 12.09.2023, Az: VI ZR 371/21
5. **ZPO: Rechtsbeschwerde bei fehlender Rechtsmittelzulassung**
   Beschluss vom 12.09.2023, Az: VI ZB 72/22
6. **WoFlV: Begriff der „Türnische“**
   Urteil vom 27.09.2023, Az: VIII ZR 117/22
7. **VersAusglG: Behandlung der rentenrechtlichen Besserbewertung von Kinder-erziehungszeiten**
   Beschluss vom 23.08.2023, Az: XII ZB 202/22
8. **FamFG: Persönliche Anhörung des Betroffenen bei Einrichtung Betreuung**
   Beschluss vom 02.08.2023, Az: XII ZB 75/23
9. **EnWG, ARegV: Grundlage für die Festsetzung des Effizienzwertes**
   Beschluss vom 26.09.2023, Az: EnVR 43/22

Urteile und Beschlüsse:

1. GNotKG, HGB: Geschäftswert für Beschluss über Erhöhung Stammkapital

Beschluss vom 12.09.2023, Az: II ZB 6/23

Für die Bemessung des Geschäftswerts eines Beschlusses über die Erhöhung des Stammkapitals einer GmbH ist innerhalb der durch § 105 Abs. 1 Satz 2 und § 108 Abs. 5 GNotKG vorgegebenen Grenzen der den Ausgabepreis übersteigende Wert des auszugebenen Geschäftsanteils maßgeblich. Für die Bewertung kann eine mit dem Übernehmer der Geschäftsanteile geschlossene Vereinbarung über eine Zuzahlung in das Eigenkapital gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB berücksichtigt werden.

2. **VVG, BGB: Rechtsmissbräuchliches Verhalten beim Widerspruch**
   Urteil vom 27.09.2023, Az: IV ZR 464/21
   Es ist aus Rechtsgründen nicht zu beanstanden, wenn das Tatgericht dem nicht ordnungsgemäß belehrten Versicherungsnehmer die Ausübung des Widerspruchsrechts gemäß § 5a Abs. 1 Satz 1 VVG (hier in der Fassung vom 13. Juli 2001) wegen rechtsmissbräuchlichen Verhaltens nach § 242 BGB versagt, wenn im Rahmen eines einheitlichen Anlagekonzepts die Abtretung der Ansprüche aus einem Lebensversicherungsvertrag zur Sicherung eines Darlehens dient, mit dem die Einmalprämie für die Versicherung finanziert wird.

3. **BGB, EG-FGV: Voraussetzungen für Entlastung des Herstellers im Dieselskandal**
   Urteil vom 25.09.2023, Az: VIa ZR 1/23
   Zu den Voraussetzungen einer Entlastung des Herstellers eines vom sogenannten Dieselskandal betroffenen Fahrzeugs im Falle seiner Inanspruchnahme nach § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1 , § 27 Abs. 1 EG-FGV .

4. **GG, ZPO: Nichtberücksichtigung eines erheblichen Beweisangebots**
   Beschluss vom 12.09.2023, Az: VI ZR 371/21
   Die Nichtberücksichtigung eines erheblichen Beweisangebots, die im Prozessrecht keine Stütze hat, verstößt gegen Art. 103 Abs. 1 GG (st. Rspr. vgl. nur BGH, Beschluss vom 10. April 2018 - VI ZR 378/17 , juris).

5. **ZPO: Rechtsbeschwerde bei fehlender Rechtsmittelzulassung**
   Beschluss vom 12.09.2023, Az: VI ZB 72/22
   a) Das Berufungsgericht muss vor Verwerfung des Rechtsmittels mangels ausreichender Beschwer eine Zulassungsprüfung nachholen, wenn das erstinstanzliche Gericht davon ausgegangen ist, dass die Beschwer der unterlegenen Partei 600 € übersteigt, und deswegen keine Prüfung der Zulassung der Berufung vorgenommen hat (st. Rspr.).

   b) Ein Grund für die Zulässigkeit der Rechtsbeschwerde zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung im Sinne von § 574 Abs. 2 Nr. 2 Alt. 2 ZPO wegen einer Verletzung des Verfahrensgrundrechts auf Gewährung wirkungsvollen Rechtsschutzes liegt in der Unterlassung einer gebotenen Nachholung der Entscheidung über die Zulassung der Berufung nur, wenn ein Grund für die Zulassung der Berufung vorliegt (Anschluss BGH, Beschlüsse vom 29. Januar 2015 - V ZB 179/14 , WuM 2015, 320 Rn. 6; vom 10. Mai 2012 - V ZB 242/11 , WuM 2012, 402 Rn. 11).

6. **WoFlV: Begriff der „Türnische“**
   Urteil vom 27.09.2023, Az: VIII ZR 117/22
   Zum Begriff der "Türnische" im Sinne der Vorschrift des § 3 Abs. 3 Nr. 3 WoFlV .

7. VersAusglG: Behandlung der rentenrechtlichen Besserbewertung von Kindererziehungszeiten

Beschluss vom 23.08.2023, Az: XII ZB 202/22

Zur Behandlung der rentenrechtlichen Besserbewertung von Kindererziehungszeiten durch die sogenannte Mütterrente bei der Ermittlung von Ehezeitanteil und Ausgleichswert im Abänderungsverfahren.

8. FamFG: Persönliche Anhörung des Betroffenen bei Einrichtung Betreuung

Beschluss vom 02.08.2023, Az: XII ZB 75/23

Bei der persönlichen Anhörung des Betroffenen im Verfahren zur Einrichtung einer Betreuung darf das Betreuungsgericht grundsätzlich nur dann nach § 34 Abs. 3 FamFG verfahren, wenn alle zwanglosen Möglichkeiten, den Betroffenen anzuhören und sich von ihm einen persönlichen Eindruck zu verschaffen, vergeblich ausgeschöpft sind und die gemäß § 278 Abs. 5 bis 7 FamFG zu Gebote stehende Vorführung des Betroffenen unverhältnismäßig ist (im Anschluss an Senatsbeschluss vom 3. November 2021 - XII ZB 215/21 -FamRZ 2022, 379).

9. EnWG, ARegV: Grundlage für die Festsetzung des Effizienzwertes

Beschluss vom 26.09.2023, Az: EnVR 43/22

a) Das für den Effizienzvergleich in der dritten Regulierungsperiode Gas herangezogene Modell steht - auch unter Berücksichtigung des weiten Regulierungsermessens der Bundesnetzagentur - mit den Vorgaben des § 21a Abs. 5 Satz 1 EnWG insoweit nicht in Einklang, als es den objektiven strukturellen Unterschieden der von den Netzbetreibern zu erfüllenden Versorgungsaufgaben nicht hinreichend Rechnung trägt und zu einer systemischen Bevorzugung von Unternehmen mit besonderen Netzstrukturen führt.

b) Nr. 2 Satz 2 der Anlage 3 zu § 12 ARegV ist dahin auszulegen, dass in beiden von der Anreizregulierungsverordnung für den Effizienzvergleich vorgegebenen Methoden - der Dateneinhüllungsanalyse (DEA) und der Stochastischen Effizienzgrenzenanalyse (SFA) - die als am effizientesten ausgewiesenen Unternehmen einen Effizienzwert von 100 % erhalten müssen.